

Die Bombe ist eine schlechte Investition

—Neue Studie: Finanzinstitute investieren in Herstellerfirmen von Atomwaffen und Atomwaffenträgersystemen—



Eine Liste aller 20 deutschen Firmen und Informationen über ihre atomaren Aktivitäten ist hier zu finden:
www.atomwaffena-z.info/atomwaffen-heute/die-atomare-welt/hersteller/index.html

Jedes Jahr geben die neun Atomwaffenstaaten mehr als 100 Milliarden US-Dollar für ihre Atomwaffenarsenale aus – für den Zusammenbau neuer und die Modernisierung alter Sprengköpfe sowie den Bau von Raketen, Bombern und U-Booten. Diese Arbeiten werden zum Teil durch private Firmen ausgeführt, die durch ein riesiges Netz von Finanzinstituten auf der ganzen Welt, einschließlich Deutschland, finanziert werden.

Anfang März 2012 hat die Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) den Bericht „Don't Bank on the Bomb“ herausgebracht, in dem mehr als 300 Finanzinstitute in 30 Ländern ausgewiesen werden, die sich mit beträchtlichen Investitionen an Atomwaffenfirmen beteiligen. Die 180 Seiten lange Studie liefert Details über finanzielle Transaktionen mit 20 Firmen, die an Herstellung, Instandhaltung und Modernisierung der Atomstreitkräfte von USA, Großbritannien, Frankreich und Indien beteiligt sind.

ICAN argumentiert folgendermaßen: Indem Finanzinstitute in diese Firmen investieren, erleichtern sie den Aufbau von Nuklearstreitkräften, unterminieren die Anstrengungen, eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen und erhöhen das Risiko, dass diese Massenvernichtungswaffen eines Tages wieder benutzt werden. Die meisten Regierungen haben jedoch anerkannt, dass jeder Gebrauch von Atomwaffen katastrophale humanitäre Konsequenzen hätte und internationales Recht verletzen würde.

Von den ca. 300 erwähnten Finanzinstituten hat etwa die Hälfte ihren Sitz in den Vereinigten Staaten und ein Drittel in Europa. Institute aus Asien, Australien und dem Mittleren Osten werden ebenfalls aufgeführt. Unter denjenigen, die sich am stärksten an der Finanzierung von Atomwaffenherstellern beteiligen, sind die Bank of America und JP Morgan Chase in den USA; BNP Paribas in Frankreich; die Allianz und die Deutsche Bank in Deutschland; Mitsubishi UFJ Financial in Japan; BBVA und Banco Santander in Spanien; Credit Suisse und UBS in der Schweiz; und Barclays, HSBC und RBS in Großbritannien.

Der Bericht untersucht Investitionen in 20 Firmen, die stark an der Atomwaffenproduktion für die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Indien beteiligt sind. Sie stellen aber keine erschöpfende Liste der Atomwaffenhersteller dar. Russlands regierungseigene Gesellschaft „Rosatom“ wird zum Beispiel nicht in diesem Bericht erwähnt.

Laut dem ICAN-Bericht investieren elf deutsche Finanzinstitute in die Atomwaffenindustrie: Allianz, Deutsche Bank, BayernLB und Commerzbank am massivsten. Weitere Finanzinstitute sind: Deka Bank, DZ Bank, Helaba, KfW, LB Baden-Württemberg, Münchner Rück und Universal-Investment-Gesellschaft.

Ein Kapitalabzug – so genanntes Disinvestment – delegitimiert Atomwaffen und stellt die Modernisierung des existierenden Atomwaffenarsenals in Frage. Ziel ist es, Firmen zu zwingen, sich aus der Atomwaffenindustrie zurückzuziehen. Während es unwahrscheinlich ist, dass der Kapitalabzug nur eines einzigen Finanzinstituts ausreichenden Druck auf eine Firma ausüben kann, ihre Beteiligung an der Atomwaffenarbeit zu beenden, würde der Kapitalabzug vieler Institute aufgrund derselben ethischen Verpflichtung einen signifikanten Einfluss auf die strategische Ausrichtung dieser Firma haben.

Einige Argumente dafür, dass Finanzinstitute nicht in solche Firmen investieren sollten: Der Einsatz von Atomwaffen hätte katastrophale humanitäre und ökologische Folgen und ist unter bestehendem Völkerrecht illegal. Der Besitz von Atomwaffen unterminiert Abrüstungsbemühungen und regt die Weiterverbreitung an. Investitionen in Atomwaffen können das öffentliche Image eines Finanzinstitutes schädigen und bergen, wenn sie bekannt werden, das Risiko eines Kundenboykotts. Meinungsumfragen weltweit zeigen einen starken öffentlichen Widerstand gegen Atomwaffen.

Falls Finanzinstitute sich nicht durch ethische Argumente zu einem Kapitalabzug von der Atomwaffenindustrie überzeugen lassen, sollten wir ihnen die Risiken einer Verweigerung des Kapitalabzuges darstellen. Beispielsweise könnte das Verteilen von Flugblättern an Kunden, die Filialen betreten oder Geldautomaten benutzen, helfen ihnen bewusst zu machen, auf welcher unethischen Weise ihre Geldeinlagen genutzt werden, und sie ermutigen, zu einer sozial verantwortlicheren Bank wechseln. Es ist wichtig, dass Banken und anderen Finanzinstituten bewusst gemacht wird,

BANKWECHSEL JETZT!

Spätestens mit der Banken- und Finanzkrise ist die verheerende Wirkung des Finanzsektors, insbesondere die der großen „systemrelevanten“ Banken auf ganze Volkswirtschaften und Gesellschaften deutlich geworden.

Nahezu alle großen Banken sind in unsaubere Geschäfte verwickelt. Darauf zielt die Kampagne hauptsächlich ab. Sie finanzieren mehr oder weniger, direkt oder mittelbar (nukleare) Rüstung, Atomenergie und Uranabbau, gentechnische Saatguthersteller, Nahrungsmittelspekulation, Landgrabbing sowie Unternehmen, die grob gegen Menschenrechte verstoßen bzw. deren Produktion/Projekte große Umweltschäden hervorrufen. Und sie entziehen sich einer angemessenen Besteuerung, indem sie einen Großteil ihrer Geschäfte in Steueroasen abwickeln.

Als Verbraucher haben wir die Wahl, ob wir mit unserem Geld diese Geschäfte unterstützen oder die Bank wechseln. Attac hat in seiner bisherigen Kampagne „Krötenwanderung“ nach bestimmten Kriterien Banken bewertet und empfiehlt als gute Alternativen die GLS-Bank, EthikBank, UmweltBank und Triodos Bank. In der Übersicht kann jeder entscheiden, welcher Bank er nach seinen Kriterien den Vorzug geben will. Dem Bündnis „Bankwechsel Jetzt!“, das auf der attac-Kampagne aufbaut, haben sich schon jetzt zahlreiche Organisationen angeschlossen. Es verspricht dadurch wirkmächtiger zu werden. Voraussichtlich ab Juni ist die Webseite des Bündnisses bankwechsel-jetzt.de abrufbar. Bis dahin gibt es Infos unter: attac.de/aktuell/bankwechsel/worum-geht-es/5-minuten-info

Dieter Lehmkuhl

dass sowohl die allgemeine Öffentlichkeit als auch ihre eigenen Kunden ihre Investitionen bei Nuklearwaffenproduzenten ablehnen. Das Schreiben von Briefen an das geschäftsführende Vorstandsmitglied, den kaufmännischen Geschäftsführer oder den Vorstandsvorsitzenden kann dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Das Sammeln von Unterschriften außerhalb der Bankfiliale kann ebenfalls effektiv sein.

Finanzinstitute erwerben häufig Namensrechte für große Events. Diese Veranstaltungen bieten die Möglichkeit durch Proteste oder Medieninterviews, öffentliche Aufmerksamkeit auf die Investitionen des Institutes bei Atomwaffenherstellern zu lenken. Banken nutzen oft auch prominente Fürsprecher, um ihr Image zu verbessern. Diese könnten ermutigt werden, Stellung gegen eine solche Art von Investitionen zu beziehen.

Wir können Aktienanteile von Finanzinstituten erwerben oder uns Stimmrechte von anderen Aktionären verschaffen, um bei Aktionärsversammlungen auf Investitionsentscheidungen Einfluss zu nehmen. Aktionäre haben grundsätzlich das Recht, Fragen an den Vizepräsidenten bei der Jahreshauptver-

sammlung zu stellen, und sie können auch Resolutionen vorlegen, damit die Finanzinstitute Kapital von Nuklearwaffenfirmen abziehen. Aktionärstreffen bieten ein wichtiges Forum, um Bewusstsein in dieser Schlüsselzielgruppe zu schaffen.

Wenn Banken einen deutlichen Unwillen ausdrücken, von Atomwaffenproduzenten Kapital abzuziehen, sollten die Kunden die Bank wechseln und andere ermutigen, dasselbe zu tun. Denn wenn eine ausreichende Anzahl von Menschen ein bestimmtes Finanzinstitut boykottiert, mag es sich genötigt fühlen, seine Unterstützung der Atomwaffenindustrie zu überdenken. Eine „Kampagne zum Kapitalabzug“ hat das Potenzial bedeutend zum Kampf für eine atomwaffenfreie Welt beizutragen.

Xanthe Hall ist Referentin für Atomwaffen und Internationales bei der IPPNW Deutschland.

